Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

**über die Sitzung des Kreisausschusses
(KA/001/2015-2020)**

vom 26.01.2015

**im Sitzungssaal Zugspitze des Landratsamtes, Dienststelle Weilheim, Stainhartstr.
7, III. Stock**

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 16:15 Uhr

Anwesende:

Landrätin:

Andrea Jochner-Weiß

Beschließende Mitglieder:

Michael Asam

Susann Enders

Peter Erhard

Dipl.FinW (FH) Klaus Gast

Hans Geisenberger

Dipl.Ing. (FH) Karl-Heinz Grehl

Albert Hadersbeck

Richard Kreuzer

Markus Loth

Max Martin

Dipl.Designer (FH) Peter Ostenrieder

Wolfgang Taffertshofer

Entschuldigt fehlten:

Verwaltung: RD Seitz, MedD Dr. Breu, OVR Bachlatko, OVR Hetterich, OVR Merk, VR Leis, VI Willer, TAng Kielau, TAng Steinbach, Verw.sekr.Anwärter Schweiger,

Gäste: Schulleiter FOS Hr. Ziller, Bürgermeister Bader Rottenbuch, Kreisrat Schütz

Presse: WM-Tagblatt

T A G E S O R D N U N G

Öffentliche Sitzung

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Öffentliche Bekanntmachung der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
Kenntnisnahme I/057/2015
3. Bewerbung für die Gesundheitsregion plus
Entscheidung 6/001/2015
4. Fachoberschule und Berufsoberschule Weilheim;
Antrag auf Errichtung der Ausbildungsrichtung
Agrarwirtschaft, Bio- und Umwelttechnologie an der
Beruflichen Oberschule Weilheim
Entscheidung 11/061/2014
5. Staatliches Gymnasium Weilheim;
Antrag auf (probeweise) Einrichtung und
Betrieb von WLAN-Netzen in Schulräumen
Entscheidung 11/063/2014
6. Weiterführung eines 50/50-Modells zur Einsparung
elektrischer Energie an den landkreiseigenen Schulen
Entscheidung 11/064/2014
7. Berufsschule Weilheim: Sachstand
Kenntnisnahme 11/067/2015
8. Allgemeine Informationen

Die Ladung ist ordnungsgemäß erfolgt, die Tagesordnung akzeptiert und das Gremium beschlussfähig.

Öffentliche Sitzung

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung.

2. Öffentliche Bekanntmachung der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die Kreisräte nahmen von nachfolgenden Beschlüssen Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

In der nichtöffentlichen Sitzung des Kreisausschusses vom 17.11.2014 wurden folgende Beschlüsse gefasst, die hiermit gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kreistags des Landkreises Weilheim-Schongau öffentlich bekannt gegeben werden:

Liegenschaften des Landkreises Weilheim-Schongau; Begehung der Pütrichstraße 10 a

Es erging folgender Beschluss:

„1. Der Kreisausschuss nimmt den Bauzustand nach Besichtigung des Amtsgebäudes Pütrichstr. 10a zur Kenntnis.

2. Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Haushalt 2015 und die Folgejahre die Maßnahme in den Haushaltsplan 2015 und den Finanzplan 2016 bis 2018 einzustellen, mit dem Ziel einer möglichst zeitnahen Umsetzung.“

Investitionsmaßnahmen der Krankenhaus GmbH Weilheim-Schongau;

Zentralsterilisation am Krankenhaus Schongau

Es erging folgender Beschluss:

1. „Der Kreisausschuss nimmt die Planungen der Krankenhaus-GmbH zur Schaffung einer Zentralsterilisation am Krankenhaus Schongau zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Kreisausschuss stimmt der Maßnahme zur Schaffung einer zentralen Sterilgutversorgungsabteilung (ZSVA) bzw. Zentralsterilisation am Krankenhaus Schongau der Krankenhaus GmbH Landkreis Weilheim-Schongau zu.
3. Der Landkreis trägt dafür in Co-Finanzierung mit dem Freistaat Bayern die nichtförderfähigen Kosten einschließlich der Vorfinanzierungskosten.
4. Der Kreisausschuss stimmt zu, dass der Landkreis die dafür erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 1,9 Mio. € entsprechend der Planungen der Krankenhaus-GmbH als verlorenen Zuschuss im Rahmen der bestehenden Betrauung übernimmt.
5. Mit der Auszahlung der Fördermittel nach Kostenanfall zur Reduzierung der Vorfinanzierungskosten besteht grundsätzliches Einverständnis.
6. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag eine entsprechende Beschlussfassung und fordert die Finanzverwaltung dazu auf, die erforderlichen Mittel im Rahmen der Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 zu berücksichtigen.“

Zentralküche am Krankenhaus Schongau

Es erging folgender Beschluss:

1. „Der Kreisausschuss nimmt die Planungen der Krankenhaus-GmbH zur Schaffung einer Zentralküche am Krankenhaus Schongau zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Kreisausschuss stimmt der Maßnahme am Krankenhaus Schongau der Krankenhaus GmbH Weilheim-Schongau.
3. Der Landkreis trägt dafür in Co-Finanzierung mit dem Freistaat Bayern die nichtförderfähigen Kosten einschließlich der Vorfinanzierungskosten.
4. Der Kreisausschuss stimmt zu, dass, der Landkreis die dafür erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 1,73 Mio. € entsprechend der Planungen der Krankenhaus-GmbH als verlorenen Zuschuss im Rahmen der bestehenden Betrauung übernimmt.
5. Mit der Auszahlung der Fördermittel nach Kostenanfall zur Reduzierung der Vorfinanzierungskosten besteht grundsätzliches Einverständnis
6. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag eine entsprechende Beschlussfassung und fordert die Finanzverwaltung dazu auf, die erforderlichen Mittel im Rahmen der Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 zu berücksichtigen.“

: Krankenhaus Weilheim BA IV -vorgezogen-

Es erging folgender Beschluss:

1. „Der Kreisausschuss nimmt die Planungen der Krankenhaus-GmbH zur Sanierung der Pflegestationen im Altbaubereich des Krankenhauses Weilheim und zur Errichtung eines Erweiterungsbaus im nordwestlichen Bereich, aufgeständert über dem Haupteingang des Krankenhauses Weilheim (BA IV) zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Kreisausschuss stimmt der Baumaßnahme Sanierung der Pflegestationen im Altbau des Krankenhauses Weilheim und Errichtung eines Erweiterungsbaus im nordwestlichen Bereich des Krankenhauses Weilheim (BA IV) der Krankenhaus GmbH Landkreis Weilheim-Schongau.
3. Der Landkreis trägt dafür in Co-Finanzierung mit dem Freistaat Bayern die nichtförderfähigen Kosten einschließlich der Vorfinanzierungskosten sowie die Kosten des Interimsbaus
4. Der Kreisausschuss stimmt zu dass der Landkreis den dafür erforderlichen Eigenanteil in Höhe von ca. 9,3 Mio. € (zuzüglich der Kosten für den Interimsbau) entsprechend den Planungen der Krankenhaus-GmbH Landkreis Weilheim-Schongau als verlorenen Zuschuss im Rahmen der bestehenden Betrauung übernimmt.
5. Mit der Auszahlung der Fördermittel nach Kostenanfall zur Reduzierung der Vorfinanzierungskosten besteht grundsätzliches Einverständnis
6. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag eine entsprechende Beschlussfassung und fordert die Finanzverwaltung dazu auf, die erforderlichen Mittel soweit noch nicht erfolgt im Rahmen der Haushaltsplanung für die Haushaltjahre 2015 - 2018 bereitzustellen.“

▪ Krankenhaus Weilheim BA V

Es erging folgender Beschluss:

1. Der Kreisausschuss nimmt die Planungen der Krankenhaus-GmbH Landkreis Weilheim-Schongau zur Neugestaltung des OP-Bereiches (Bau von neuen OP-Sälen), zur Bildung einer eigenen Notaufnahmeeinheit (zentrale Notaufnahme, ZNA), zur Schaffung einer übersichtlichen Patienteninformation und zur Etablierung eines ambulanten Operationszentrums (AOP) am Krankenhaus Weilheim (BA V) zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Kreisausschuss stimmt der Maßnahme der Neugestaltung des OP-Bereiches (Bau von neuen OP-Sälen), der Bildung einer eigenen Notaufnahmeeinheit (zentrale Notaufnahme, ZNA), der Schaffung einer übersichtlichen Patienteninformation und der Etablierung eines ambulanten Operationszentrums (AOP) am Krankenhaus Weilheim (BA V) der Krankenhaus GmbH Landkreis Weilheim-Schongau.
3. Der Landkreis trägt dafür in Co-Finanzierung mit dem Freistaat Bayern die nichtförderfähigen Kosten einschließlich der Vorfinanzierungskosten sowie mögliche Kosten einer Interimslösung.
4. Der Kreisausschuss stimmt zu, dass der Landkreis den dafür erforderlichen Eigenanteil in Höhe von ca. 6,141 Mio. € entsprechend den Planungen der Krankenhaus-GmbH als verlorenen Zuschuss im Rahmen der bestehenden Betrauung übernimmt.
5. Mit der Auszahlung der Fördermittel nach Kostenanfall zur Reduzierung der Vorfinanzierungskosten besteht grundsätzliches Einverständnis.

6. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag eine entsprechende Beschlussfassung und fordert die Finanzverwaltung dazu auf, die erforderlichen Mittel soweit noch nicht erfolgt im Rahmen der Haushaltsplanung für die Haushaltjahre 2015 - 2018 zu berücksichtigen.“

Ausschreibung in der Schülerbeförderung;
Beförderung zum Sonderpäd. Förderzentrum Altstadt -vorgezogen-

Es erging folgender Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt den Vertrag auszuschreiben und den Zuschlag dem wirtschaftlich günstigsten Bieter zu erteilen.
2. Die Landrätin wird ermächtigt, den Vertrag nach Zuschlagerteilung zu unterschreiben.

Eckwerte für die Haushaltsplanung 2015

Es erging folgender Beschluss:

„Der Kreisausschuss stimmt den nachfolgenden Eckwerten für die Haushaltsplanung zu und empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, die Kreisfinanzverwaltung zu beauftragen den Haushaltsentwurf 2015 unter Beachtung dieser Eckwerte zur Beschlussfassung vorzubereiten.

Der Landkreis Weilheim-Schongau gibt sich für die Haushaltsplanung der Jahre 2015 ff. dazu die nachfolgenden grundsätzlichen Eckwerte:

1. Die Verteilung der Investitionsanteile erfolgt grundsätzlich mit einem Anteil für Schulbaumaßnahmen mit 60 % ,
Krankenhausbaumaßnahmen 20 % ,
Kreisstraßen mit 10 % ,
Amtsgebäude, IT-Infrastruktur und sonstige Investitionen mit 10 %
2. Zum Erhalt einer dauerhaften Handlungsfähigkeit der Finanzwirtschaft des Landkreises wird ein Kreisumlagehebesatz in einer Bandbreite bis maximal 58 Prozent-

- punkten festgelegt. Zielgröße für das Haushaltsjahr 2015 ist ein Herbesatz der Kreisumlage von 57 %-Punkten.
3. Für die Nettoneuverschuldung wird grundsätzlich ein Betrag von maximal 5 % des Durchschnitts der Volumina der drei dem zur Haushaltsplanung anstehenden Haushaltsjahr vorausgegangenen Verwaltungshaushalte als Obergrenze festgelegt. Für die Gesamtverschuldung darf ein Höchstbetrag von 60 % des Durchschnitts der Volumina der drei dem zur Haushaltsplanung anstehenden Haushaltsjahr vorausgegangenen Verwaltungshaushalte als Obergrenze nicht überschritten werden.
 4. Zur Gewährung einer langfristigen, nachhaltigen und Generationen gerechten Finanzwirtschaft, sind die Belastungen durch die Inanspruchnahme von Fremdmitteln (Zins- und Tilgung) unabhängig von der Art der konkreten Finanzierung vollständig im Haushalt darzustellen und über den gesamten Finanzierungszeitraum durch eine Anpassung des Hebesatzes der Kreisumlage anzugleichen. Dies beinhaltet i.d.R. eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes von 1 v.H. der Umlagegrundlagen je 10 Millionen € zusätzlich aufgenommene Fremdmittel.
 5. Zusätzliche und oder neue Vorhaben, die über den im Rahmen der 10-jährigen Investitionsplanung dargestellten Einzelinvestitionen hinausgehen stehen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Einzelgenehmigung durch den Kreistag, die eine konkrete Finanzierung im Rahmen der Fortschreibung des Finanzplans und des damit verbundenen Investitionsprogramms aufzeigen muss.
 6. Für die Investitionen bzw. Investitionsfördermaßnahmen aus Landkreismitteln der Haushaltsjahre 2015 – 2024 wird ein unveränderter Höchstbetrag von 120.000.000 € festgesetzt. Dieser kann in jedem Haushaltsjahr in gleichem Maße erhöht werden, in dem die Zahlungen an die Krankenhaus-GmbH Weilheim-Schongau für sogenannte DAWI-Leistungen des laufenden Betriebs den Betrag von 6.000.000 € p.a. unterschreiten.
 7. Bei den für die Haushaltswirtschaft prägenden Investitionsanteilen gemäß Nr. 1 für Schulen, Krankenhäuser, Kreisstraßen, Amtsgebäude und Infrastruktur sind alle Möglichkeiten der Kostenoptimierung bei der Planung und Umsetzung auszuschöpfen.
 8. Die vorausgehenden Eckwerte werden im Vorgriff auf die Haushaltsberatungen jährlich überprüft und ggfls. an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst.“

Erweiterung der Asylbewerberunterkunft Leprosenweg Weilheim; Vergabe

Es erging folgender Beschluss:

„Der Kreisausschuss nimmt zur Kenntnis:

1. Für die Fläche der Asylbewerberunterkunft am Leprosenweg wurde ein unbefristeter Pachtvertrag mit der Fa. Zarges abgeschlossen. Der Vertrag kann allerdings mit einer Frist von 6 Monaten gekündigt werden, so dass im Falle einer Kündigung umgehend eine neue Lösung gefunden werden müsste.

2. Der Bauantrag für die Erweiterung der Unterkunft wurde von Zarges als Grundstückseigentümer unterzeichnet und seitens der Stadt Weilheim genehmigt.
3. Da der Standort Zarges nicht längerfristig gesichert ist, wird anstatt eines Erwerbs eine Miete der Container realisiert (Mindestmietdauer 2 Jahre; anschließend Verlängerungsoption; auch ein Erwerb ist zu einem späteren Zeitpunkt noch möglich).
4. Die bestehende Asylbewerberunterkunft am Leprosenweg muss gegenüber dem bisherigen Beschluss vom 21.07.2014 um ein weiteres Modul mit 22 Plätzen erweitert werden. Insgesamt findet also eine Erweiterung um ca. 44 Plätze statt, von denen 22 durch den Beschluss des KA vom 21.07.2014 abgedeckt sind.
5. Aufgrund der hohen Dringlichkeit wurde die Erweiterung der Anlage um ein zusätzliches Modul von Frau Landrätin Jochner-Weiß im Wege einer dringlichen Anordnung veranlasst. Der Kreisausschuss wurde bereits im Rahmen seiner Sondersitzung am 13.10.2014 hierüber grundsätzlich in Kenntnis gesetzt.“

3. Bewerbung für die Gesundheitsregion plus

MedD Dr. Breu erläuterte ausführlich das neue Förderprogramm des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege und betonte dabei auch wie wichtig eine Teilnahme daran für den Landkreis sei. Er ging anschließend auch auf die Fördermittel des Bayerischen Staatsministeriums und den geplanten Eigenanteil des Landkreises näher ein. Die Kreisräte waren sich einig, dass dieses Projekt ein gutes Instrument zur Steuerung der Gesundheitsversorgung im Landkreis sei.

Im Anschluss daran erging nachfolgender **einstimmiger** Beschluss:

Beschluss: einstimmig angenommen

„Der Kreisausschuss beschließt eine Beteiligung an dem vom Land Bayern geplanten, auf fünf Jahre angelegten Projekt „Gesundheitsförderung plus“ und beauftragt die Gesundheitsverwaltung, eine Beteiligung in die Wege zu leiten. In Orientierung an den Aussagen des Fachkonzeptes des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege (StMGP) sollen nach Bewilligung durch das StMGP im Rahmen der Projektbeteiligung die entsprechenden Gremien (Gesundheitsforum, Arbeitsgruppen für Prävention und Gesundheitsförderung, sowie für Fragen der regionalen Gesundheitsversorgung) und eine Geschäftsstelle, angegliedert an das Gesundheitsamt im Landratsamt, gebildet werden. Die Finanzierung des Projektes mit einem Eigenanteil von mind. 20% wird sichergestellt und entsprechende Mittel im Haushalt aufgenommen. „

**4. Fachoberschule und Berufsoberschule Weilheim;
Antrag auf Errichtung der Ausbildungsrichtung
Agrarwirtschaft, Bio- und Umwelttechnologie an der
Beruflichen Oberschule Weilheim**

Die Vorsitzende erläuterte den Sachstand. **Die Kreisräte** waren sich einig, dass die Errichtung einer Ausbildungsrichtung Agrarwirtschaft, Bio- und Umwelttechnologie, an der Beruflichen Oberschule den Schulstandort Weilheim weiter stärken würde.

Im Anschluss daran erging nachfolgender **einstimmiger** Beschluss:

Beschluss: einstimmig angenommen

„Der Kreisausschuss nimmt die Empfehlung des Schulausschusses vom 08.12.2014 zur Kenntnis und stimmt dem Antrag der Fach- und Berufsoberschule Weilheim auf zu, das Genehmigungsverfahren zur Errichtung der Ausbildungsrichtung Agrarwirtschaft, Bio- und Umwelttechnologie an der Beruflichen Oberschule Weilheim anzustoßen.“

**5. Staatliches Gymnasium Weilheim;
Antrag auf (probeweise) Einrichtung und
Betrieb von WLAN-Netzen in Schulräumen**

Die Vorsitzende erläuterte die Sachlage mit der probeweisen Inbetriebnahme des WLAN-Netzes in bestimmten Bereichen des Gymnasiums in Weilheim. In der anschließenden Beratung waren die Kreisräte damit einverstanden, dass **Kreisrat Schütz** (nicht im Kreisausschuss vertreten) über die gesundheitlichen Auswirkungen der Strahlenbelastungen durch Handynutzung, Tablet etc. informierte. Er bat dem Antrag nicht zuzustimmen.

Einige Kreisräte waren anderer Meinung und plädierten dafür dem Pilotprojekt zuzustimmen. Die Eltern und Lehrer hätten sich sehr genau mit den gesundheitlichen Bedenken auseinandergesetzt und stünden daher der Möglichkeit einer fortschrittlichen Unterrichtsgestaltung positiv gegenüber.

Die Vorsitzende betonte Sie werde wie **Kreisrat Grehl** Ihre Zustimmung zum nachfolgenden Antrag geben.

Im Anschluss wurde nachfolgender Beschluss mit **8** Gegenstimmen abgelehnt.

„Der Kreisausschuss nimmt das Beratungsergebnis des Schulausschusses vom 08.12.14 zur Kenntnis und stimmt den Anträgen des staatlichen Gymnasiums Weilheim zu.

Über die endgültige Einrichtung eines WLAN-Zugangs für bestimmte Bereiche ist im jeweiligen Schulforum zu beschließen.

Grundsätzlich sollen WLAN-Netze nur dort zum Einsatz kommen, wo

- eine sinnvolle Netzanbindung über LAN nicht möglich ist,
- die Unterrichtsform bzw. die eingesetzten Geräte den Zugang über kabellose Endgeräte erfordern und
- das jeweilige Schulforum vor der Einrichtung zugestimmt hat.

Diese Entscheidung gilt auch für die übrigen Schulen in der Sachaufwandsträgerschaft des Landkreises.“

6. Weiterführung eines 50/50-Modells zur Einsparung elektrischer Energie an den landkreiseigenen Schulen

TAng Steinbach erläuterte die Sachlage und fand bei den Kreisräten auch Bestätigung zum Einsparpotential an Schulen.

Im Anschluss daran erging nachfolgender **einstimmiger** Beschluss:

1. „Der Kreisausschuss nimmt die Empfehlung des Schulausschusses vom 08.12.2014 zur Kenntnis.
2. Der Kreisausschuss beschließt die Einrichtung eines Anreizsystems zur Einsparung von elektrischer Energie an den landkreiseigenen Schulen. Die Verwaltung wird mit dem Abschluss entsprechender Vereinbarungen mit den landkreiseigenen Schulen beauftragt.

Zur Berechnung der Einsparung wird der Landkreis jährlich den Verbrauch an elektrischer Energie an den einzelnen Schulen mit dem Vorjahresverbrauch vergleichen. Von der erzielten Einsparung erhält die Schule einen Anteil von 50%.

Gibt es an einer Schule eine aktive Umwelt-AG oder Energieeinsparprojekt, reicht der Landkreis auch im Fall, dass keine Einsparung erzielt werden konnte, eine Grundprämie in Höhe von 300 EUR/ Schule aus.

3. Das 50/50-Modell soll zunächst drei Jahre erprobt werden.“

7. Berufsschule Weilheim: Sachstand

Der Kreiskämmerer erläuterte den Sachstand und berichtete über den Stand der Grundstücksverhandlungen am Narbonner Ring.

Die Kreisräte nahmen wie nachfolgend Kenntnis.

„Der Kreisausschuss nimmt zur Kenntnis:

1. Gemäß Beschluss des Kreistages vom 12.12.2014 wurde ein notarieller Kaufvertrag für den Erwerb eines Grundstücks zum Neubau der Berufsschule Weilheim unterzeichnet.
2. Die Kreisverwaltung hat die erforderlichen Schritte zur Baurechtschaffung bei der Stadt Weilheim beantragt. Dies sind zunächst die Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Aufstellung eines Bebauungsplanes.
3. Parallel beginnen die Planungen für den Neubau.
Mit den Planungen ist das Architekturbüro Krug Grossmann, München, beauftragt.

Dem Kreisausschuss ist über den weiteren Fortgang zu berichten.“

8. Allgemeine Informationen

Kreisrat Geisenberger fragte nach, an wen die TTIP-Resolution bisher geschickt wurde und bat darum diese auch an die CSU-Landtagsfraktion zu versenden. **OVR Bachlatko** sicherte dies zu und konnte ausführen, dass die TTIP-Resolution bereits kurz nach der letzten Kreistagssitzung im Dezember 2014 an Frau Staatsministerin Beate Merk zur Weiterleitung an die rechtserheblichen Stellen, versandt wurde.

Andrea Jochner-Weiß
Landrätin

Christa Daiser
Schriftführerin